

Die Kirche im Dorf lassen. Vom Kirchenaustritt in NRW

Am 31.05.2006 wurde im Landtag beschlossen, dass von nun an 30 Euro Verwaltungsgebühr beim Kirchenaustritt zu entrichten sind.

Die Jusos Aachen lehnen die von der Landesregierung geplante Kirchenaustrittsgebühr ab. Der einstimmige Beschluss erfolgte am Donnerstag, den 01.06.2006. Eine Gebühr für Verwaltungsarbeiten ist im Grunde zulässig. Diese müssen sich aber an den entstehenden Kosten orientieren. Die Landesregierung plant eine Gebühr von 30 Euro. Da der Verwaltungsaufwand bei einem Kirchenaustritt äußerst gering ist, wäre dieser Betrag bei weitem zu hoch. Wenn beim Kirchenaustritt eine Gebühr anfällt, müsste konsequenterweise das Gleiche für den Kircheneintritt gelten. Dies ist jedoch nicht geplant. Offensichtlich geht es der Landesregierung also nicht darum, die Verwaltungskosten zu decken, sondern den Kirchenaustritt zu erschweren. Die CDU betreibt hier als Regierungspartei offensichtlich Klientelpolitik. Außerdem sollte bedacht werden, dass ein Bürger, der aus einer Kirche austritt, damit sein Grundrecht auf Religionsfreiheit (Art. 4 GG) wahrnimmt. Für viele junge Leute (z.B. Schüler und Studenten) stellt eine Gebühr von 30 Euro eine signifikante Hürde dar. Sie werden also in der Wahrnehmung eines Grundrechtes behindert. Es ist aus gutem Grunde nicht üblich, dass der Staat für die Inanspruchnahme eines Grundrechtes Gebühren erhebt. Andernfalls müssten beispielsweise Kriegsdienstverweigerer (Art. 12a GG) ebenfalls eine Gebühr zahlen. (Tobias)

Impressum

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
im Unterbezirk Aachen
Heinrichsallee 50-52
52066 Aachen
Tel.: +49 (241) 53 66 77
Fax: +49 (241) 53 66 41
eMail: info@jusos-aachen.de
www.jusos-aachen.de
Redaktion Rote Depesche: Friedericke Hardering



Liebe Leserin, lieber Leser,

hier unsere zweite Ausgabe der Roten Depesche, dem Infoblatt der Aachener Jusos. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit der Umgestaltung der Aachener Innenstadt, da mit dem Thema Bauhaus Europa und dem Investorenwettbewerb zur Umgestaltung des Büchel zwei städtebauliche Großprojekte diskutiert werden, die auch für die Jusos sehr interessant sind. Über beide Projekte haben wir in den vergangenen Wochen kontrovers diskutiert und uns in Aachener Printmedien dazu geäußert. Darüber hinaus haben wir uns mit der Einführung einer Verwaltungsgebühr beim Kirchenaustritt beschäftigt.

Was geht am Büchel?

Da das in der Einkaufsinnenstadt Aachens gelegene Grundstück Büchel verkauft werden soll, hat die Aachener Parkhausgesellschaft mbh (APAG) in Kooperation mit der Stadt Aachen einen Investorenwettbewerb ausgeschrieben. Ziel dieses Wettbewerbs war es, ein Bebauungskonzept zu entwickeln, das sich in das Stadtbild integriert. Anfang Juni wurden die Gewinner des Wettbewerbs bekanntgegeben, anschließend wurden die Entwürfe am Katschhof ausgestellt. Es wurden zwei erste Preise vergeben: Mit dem Konzept der Markthalle siegte die Fundus-Fonds-Verwaltung aus Düren mit dem Aachen-Hamburger Architekturbüro Gerkhan, Marg

und Partner. Außerdem wurden die Arbeitsgemeinschaften TCN Property Projects Düsseldorf mit dem Aachen-Amsterdamer Architekturbüro Benthem Crouwel GmbH Sieger mit ihrem Konzept der Trendbox.

Während die Trendbox eher dem Trend moderner Multifunktionskomplexe entspricht, orientiert sich das Konzept der Markthalle eher an klassischen städtebaulichen Vorstellungen. Besonders interessant an der Trendbox ist der „erweiterte Stadtraum“ sowie die Idee des Stadtstrandes und des Sonnendecks, wobei die goldene Fassade des 2. Obergeschosses überdenkenswert bleibt.



Trendbox*



Markthalle*

* Photos aus den jeweiligen Konzeptbeschreibungen, unter <http://www.aachen.de> einsehbar.

Die Jusos haben über die Bebauung des Büchel diskutiert und sich für beide Projekte ausgesprochen. Um sich ein noch differenzierteres Bild von beiden Projekten zu machen, wollen sie sich zukünftig mit Fachleuten zum Thema Büchel auseinandersetzen.

Besonders wollen sich die Jusos dafür einsetzen, dass aachenspezifische Themen auch im studentischen Diskurs verankert werden. Viele Studierende betrachten Aachen nur als eine Übergangsstation und sind deshalb wenig an solchen Themen interessiert. Der Bürgerdialog am 1. Juli soll sich ebenfalls dem Thema Innenstadtumbau widmen. (Friedericke)

Europa ein Haus bauen

Kaum ein anderes Projekt hat in der letzten Zeit so viele Wellen in Aachen geschlagen wie das Bauhaus Europa. Vor einigen Tagen erst haben die Ratsmitglieder der SPD, der GRÜNEN und der FDP sowie der LINKEN in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt gegeben, dass sie das Projekt Bauhaus Europa verwirklichen wollen.

In einer Pressemitteilung hatten sich die Jusos bereits im Mai für das Bauhaus ausgesprochen. Obschon das Bauhaus ein finanzielles Wagnis darstellt, überwogen doch letztlich die Vorzüge des Konzeptes. Einerseits wertet es den Katschhof optisch ungemein auf; darüber hinaus kann das Bauhaus Europa vielleicht in seiner Popularität dem Haus der Deutschen Geschichte in Bonn gleichkommen, sodass Exkursionen künftig nicht mehr in die ehemalige Landeshauptstadt, sondern nach Aachen führen. Aachen braucht im Wettbewerb mit anderen Städten weitere Attraktivitäten. Das Bauhaus bietet in dieser Hinsicht aufgrund seiner Multifunktionalität Potenzial. An keinem anderen Ort wäre ein ähnliches Projekt so treffsicher platziert wie im Herzen Aachens.

Inzwischen wurde bereits der Konzeptentwurf für das Bauhaus präsentiert. Ziel der Ausstellung ist es, den BesucherInnen die europäische Geschichte anhand von markanten Kristallisationspunkten näher zu bringen. Unter der Fragestellung „Was ist Europa?“ werden neun Schlüsseljahre hervorgehoben, die für die europäische Entwicklung von besonderer Relevanz waren. Des Weiteren ist ein interaktives Fragespiel geplant, in dem Fragen zur Ausstellung behandelt werden. Die Konzeption lässt in ihrer aktuellen Fassung noch viel Raum für weitere Ergänzungen und Ausdifferenzierungen. Vorschnelle Eurozentrismusvorwürfe sind zu diesem Zeitpunkt damit nicht angebracht. (Friedericke)